

10. Kadener Gespräch



Tagungsbericht

Neue Regierung, neue Ideen?

Zwischenbilanz und Perspektiven
der deutschen Wirtschaftspolitik

*Expertengespräch
der Stiftung Marktwirtschaft
am 13. Mai 2022 auf Gut Kaden*

Hintergrund

Fünf Monate nachdem die neue Bundesregierung ihre Arbeit aufgenommen hat, haben wir bei unserem 10. Kadener Gespräch mit renommierten Experten aus Politik und Wissenschaft eine erste wirtschaftspolitische Bilanz gezogen. Dabei ging es nicht nur darum, wieviel „Aufbruch“ und „Fortschritt“ im Koalitionsvertrag und der politischen Umsetzung zu erkennen sind, sondern auch, welche Wege eingeschlagen werden sollten, um einige der drängendsten Probleme nachhaltig anzugehen.

Digitalisierung ist ein zentraler Treiber für innovative Geschäftsmodelle. In internationalen Vergleichen hinkt Deutschland jedoch hinterher und selbstgesteckte digitalpolitische Ziele werden regelmäßig verfehlt. Was also plant die Ampelkoalition, allen voran der neue Bundesminister für Digitales und Verkehr, um Deutschland aus seiner desaströsen digitalen Rückständigkeit in die europäische Spitzengruppe zu führen? Auch die Folgen des demografischen Wandels wurden bislang nur halbherzig angegangen. Dabei liegt es auf der Hand, dass es grundlegender Reformen bedarf, wenn eine Gesellschaft immer älter wird, gleichzeitig jedoch schrumpft und sich somit die demografische Belastung einseitig auf immer weniger jüngere Schultern verteilt. Was ist zu tun, um in der Sozial- und Finanzpolitik langfristig nicht nur Leistungs-, sondern auch Generationengerechtigkeit zu gewährleisten? Wie kann Deutschland insgesamt wieder produktiver und innovativer werden? Daran schließt sich die Frage an, wie der Konjunkturausblick hinsichtlich des Inflationsdrucks, der gebrochenen Lieferketten und des russischen Angriffskrieges zu interpretieren ist und welche Maßnahmen daraus abgeleitet werden sollten.



Dr. Lutz Peters, Gastgeber des Expertengesprächs auf Gut Kaden.



Prof. Dr. Michael Eilfort bei der Begrüßung der Gäste

Reformen sind auch auf europäischer Ebene nötig, wenn die Währungsunion langfristig Stabilität und Wachstum garantieren soll. Angesichts einer drohenden erneuten Eurokrise bedarf es dringend tragfähiger Lösungswege, um die Konstruktionsfehler der Fiskalregeln zu korrigieren. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund einer zunehmend fragileren Weltordnung, wodurch vermehrt die eigene Rolle innerhalb des internationalen Wirtschaftsgefüges in Frage gestellt wird. Brauchen wir tatsächlich mehr „ökonomische Souveränität“, um unseren Wohlstand und unsere Sicherheit zu gewährleisten? Wie ist es grundsätzlich um die Leistungsfähigkeit der liberalen Demokratien im globalen Systemwettbewerb bestellt?

Diese und weitere Fragen wurden unter der bewährten Moderation von ZEIT-Herausgeber **Josef Joffe Ph.D.** diskutiert. Gastgeber **Dr. Lutz Peters** und Stiftungsvorstand **Prof. Dr. Michael Eilfort** führten in diese Tagung zum zehnjährigen Jubiläum unserer Kadener Gespräche ein.

Referenten

Dr. Volker Wissing MdB

Bundesminister für Digitales und Verkehr

Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest

Präsident des ifo Instituts, Mitglied im Kronberger Kreis

Ralf Fücks

Geschäftsführender Gesellschafter Zentrum Liberale Moderne

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Institut für Finanzwissenschaft und Sozialpolitik

Prof. Dr. Stefan Kooths

Vizepräsident des IfW Kiel

Dr. Christoph Ploß MdB

Landesvorsitzender der CDU Hamburg

Dr. Volker Wissing MdB

Infrastruktur und Digitalisierung: Deutschland als internationaler Vorreiter?

„Wie ist der Schritt in die digitale Gesellschaft organisierbar und wie kann diese Transformation so gestaltet werden, dass unsere Gesellschaft mobil bleibt?“, bringt Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing MdB, die aus seiner Sicht zentrale Herausforderung auf den Punkt. Dabei müsse insbesondere die klimaneutrale Ausgestaltung der Digitalisierung deutlich mehr Beachtung finden als bisher. Das gleiche gelte für Cybersicherheit, wie der Krieg in der Ukraine vor Augen geführt habe. Hierzu halte er die Entwicklung einer internationalen Fehlerkultur für zentral: „Es ist wichtig, aus Fehlern zu lernen. Weil in diesem Bereich aber jeder Fehler als peinlich angesehen wird, werden Hackerangriffe und Lücken im Sicherheitsnetz nahezu vollständig verschwiegen und nicht transparent analysiert“.

Grundsätzlich schöpfe Deutschland längst nicht alle Potenziale der Digitalisierung aus. Wenn etwas digitalisiert werde, würden analoge Systeme meist parallel weitergeführt, um niemanden zu überfordern. Dies verringere nicht nur die Effizienz der Digitalisierung, sondern lasse auch die Kosten steigen: „Das müssen wir ändern, aber das setzt sehr viel Mut voraus. Ich sehe es als meine Aufgabe an, diesen Mut einzufordern und immer wieder daran zu erinnern“, betont Wissing.



Der Staat müsse bei der Digitalisierung der Verwaltung mit gutem Beispiel vorangehen: „Ein neues Unternehmen anmelden, Personalausweis beantragen, neuen Wohnort mitteilen, Auto anmelden – das muss alles digital möglich sein“, so Wissing. „Wir brauchen in Deutschland digital gesteuerte Verfahren auf Basis einer digitalen Identität, um rechtssicher groß angelegte Programme wie Corona-Wirtschaftshilfen abwickeln zu können“, gibt Wissing zu bedenken.

Zudem werde in Deutschland der enorme Wachstumsmarkt, der sich durch die Entwicklung von digitalen Geschäftsmodellen eröffne, im internationalen Vergleich noch viel zu wenig genutzt. Nicht personenbezogene Daten, die durch die öffentliche Hand erhoben werden, müssen noch strukturierter zugänglich gemacht werden, um einen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzen stiften zu können. Sein Ministerium habe mit dem sogenannten „mobility data space“ solch einen frei zugänglichen Raum geschaffen, in dem Verkehrsdaten zur Verfügung gestellt, getauscht oder gehandelt werden könnten, um daraus innovative Projekte zu entwickeln. „Leider ist vielen noch nicht bewusst, was für ein Schatz durch Datenräume entsteht. Dieser Schatz ist auch noch nicht ganz gehoben, weil viele Daten noch gar nicht zur Verfügung gestellt werden, aber selbst das, was wir haben, wird noch nicht in ausreichendem Maße genutzt“, kritisiert der Minister.

Im Hinblick auf die infrastrukturellen Herausforderungen macht Wissing deutlich, dass die Infrastruktur nicht einfach so bleiben könne wie sie sei, wenn sich die Mobilität verändere. Verkehrswege müssten nicht nur erhalten und erneuert, sondern auch angepasst oder umgebaut werden. Das geschehe in diesem Jahr mit etwa 19,5 Mrd. Euro Investitionen zwar auf hohem Niveau, die Infrastruktur sei jedoch in einem desaströsen Zustand: „Darum habe ich ein ‚Zukunftspaket leistungsfähige Autobahnbrücken‘ vorgelegt, mit dem wir schrittweise die Zahl der modernisierten Brücken von bisher 200 auf 400 pro Jahr erhöhen wollen. Ziel ist es, in weniger als 10 Jahren rund 4000 modernisierungsbedürftige Autobahnbrücken innerhalb eines Kernnetzes zukunftsfähig zu verstärken oder zu erneuern“, so der FDP-Politiker. Zur dringend benötigten Beschleunigung der Infrastrukturplanung müsse die Digitalisierung ebenfalls stärker genutzt werden. In Deutschland dauere es derzeit bspw. von der Planung bis zur Inbetriebnahme einer neuen Schienenstrecke im Schnitt 20 Jahre.

Wissing zeigt sich davon überzeugt, dass die Transformationsprozesse, die vor uns lägen, nicht analog gestemmt werden könnten. Dies sei nicht nur zu teuer, sondern würde uns auch überfordern: „Wenn wir es nicht schaffen, in den nächsten Jahren die Digitalisierung systematisch zu nutzen, um effizienter und schneller zu werden, werden wir nicht nur international nicht mehr vorne mitspielen, sondern auch große finanzielle Schwierigkeiten bekommen. Ganz abgesehen davon, dass wir gar nicht über die Fachkräfte verfügen, die wir bräuchten, um mit unseren bisherigen Methoden die Transformationsprozesse zu gestalten“.



Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest

Die EU und der Euro: Lösungswege aus dem Dauerkrisenmodus



„Wir haben in der EU großen Reformbedarf“, macht Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest einleitend deutlich. Anstatt sich jedoch drängenden Herausforderungen in der Außen-, Sicherheits-, Energie- oder Handelspolitik anzunehmen, beschäftige sich die EU häufig mit den völlig falschen Themen, wie bspw. der Taxonomie für nachhaltige Finanzen. Dazu werde ein riesiger planwirtschaftlicher Apparat aufgebaut, in dem tausende Wirtschaftsaktivitäten in „nachhaltig“ und „nicht nachhaltig“ eingeteilt würden. Auch wenn Befürworter der Taxonomie betonten, dass nur über die Auswirkungen von Unternehmensaktivitäten auf Umwelt und Gesellschaft informiert werde, stellt der Chef des ifo Instituts klar: „In der Bankenregulierung hat das bereits massive Folgen und auch die EZB hat angekündigt, auf dieser Basis Kredite zu gewähren oder eben auch nicht.“



Das hat harte Konsequenzen für die Frage, welche Aktivitäten und Unternehmen künftig noch finanziert werden können“. In einer Marktwirtschaft sollten Nachhaltigkeitsprobleme dadurch gelöst werden, dass man direkt an den Problemen ansetzt: „Wer CO2 emittiert, der wird besteuert oder muss ein CO2-Zertifikat kaufen. Statt Aktivitäten dahingehend einzuteilen, ob sie Gewässer belasten oder nicht, wird festgelegt, dass keine Chemikalien in Flüsse eingeleitet werden dürfen oder für Abwasser bezahlt werden muss“. Es sei zu hoffen, dass zumindest die Pläne gestoppt werden, die Taxonomie auch noch um die Aspekte „Soziales“ und „Governance“ zu erweitern.

Ein weiterer kritischer Bereich sind laut dem Mitglied des Kronberger Kreises, dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, die Fiskalregeln in der Eurozone. Das Grundproblem sei hier das Maastricht-Regelwerk zur Begrenzung staatlicher Schulden und Defizite: „Das war von Anfang an unglücklich konstruiert und dass es nicht funktioniert hat, lag nicht daran, dass die Welt schlecht ist, sondern dass es gar nicht funktionieren konnte“, konstatiert der Ökonom. Das liege in der Logik der fiskalpolitischen Governance im Hinblick auf die Entscheidungs- und Haftungsebene begründet. Im Maastricht-Konzept werde national entschieden und national gehaftet. Im Laufe der Zeit sei die Haftung aber zunehmend auf die europäische Ebene verlagert worden. Demgegenüber seien im Falle einer zentralistischen Fiskalunion sowohl Entscheidung als auch Haftung auf der gemeinschaftlichen europäischen Ebene angesiedelt. Modelle, bei denen Entscheidung und Haftung auf unterschiedlichen Ebenen lägen, könnten nicht funktionieren, wie Fuest veranschaulicht: „Wenn wir jetzt sagen würden, dass wir alle unsere Konten zusammenschmeißen und uns gegenseitig versprechen, nicht zu viel auszugeben, wäre es völlig rational, sofort loszurennen und so viel Geld abzuheben, wie es nur geht, bevor die anderen das tun“.

Das Problem sei, dass die Maastricht-Regeln von Anfang an gebrochen worden seien. Zuerst seien gleich zu Beginn Länder

in die Währungsunion aufgenommen worden, die die Schuldenregel nicht eingehalten hätten. Dann hätten Deutschland und Frankreich nicht nur die Defizitgrenze verletzt, sondern auch Sanktionen verhindert. Mit der Euro-Krise sei durch Finanzhilfen für Griechenland schließlich die „No-Bailout-Klausel“ obsolet geworden, wie auch das Verbot der monetären Staatsfinanzierung durch den massenhaften Kauf von Staatsanleihen durch die EZB. „Jetzt haben wir irgendwie keine zentrale Kontrolle, aber eine Menge gemeinsamer Haftung“, stellt Fuest fest. Er kritisiert, dass man nie seriös darüber nachgedacht hätte, was passieren würde, wenn man die Fiskalregeln wirklich anwendet bzw. ob man sie im Zweifelsfall überhaupt anwenden würde: „Jeder Investor wusste von Anfang an, dass die No-Bailout-Klausel unglaublich ist und dass man Griechenland und Italien ruhig jede Menge Kredite geben kann, weil man sein Geld mit hoher Wahrscheinlichkeit zurückbekommen wird. Dementsprechend haben die Märkte nicht versagt, sondern sie haben funktioniert“.

Die aktuellen Reformvorschläge gingen überwiegend in die Richtung von mehr Solidarhaftung bei weniger Kontrolle. Zwar seien laut Fuest im Hinblick auf schwere Krisen Elemente der Solidarität wichtig, wenn Einzelstaaten vorübergehend keinen Zugang zum Kapitalmarkt hätten. Diese Sicherungsmechanismen müssten aber mit Schritten in Richtung Marktdisziplin verbunden werden, was bisher fehle. Man könne durchaus darüber diskutieren, die Schuldenregeln etwas einfacher zu gestalten oder einen weiteren Fonds mit Konditionalität für sehr schwere Krisen einzurichten. „Gleichzeitig brauchen wir aber die Möglichkeit, wenn es darauf ankommt, die No-Bailout-Klausel wirklich anzuwenden. Der Weg dahin lautet: Eigenkapitalunterlegung von Staatsanleihen in der Bankenregulierung. Wenn es kein Eigenkapital gibt, kann man nicht restrukturieren“, erläutert Fuest: „Mein Vorschlag wäre nicht, die Währungsunion aufzulösen, sondern jeden Schritt in Richtung Solidarhaftung zu verbinden mit Schritten in Richtung Marktdisziplin und dafür ist die Finanzmarktregulierung zentral“.





Ralf Fücks

Wie können liberale Demokratien ihre Leistungsfähigkeit erneuern?

„Wir sind in einem Zeitalter, in dem sich strukturelle Veränderungen bündeln und gleichzeitig beschleunigen. Das ist die Ursuppe, aus der eine Mischung aus Angst und Wut entsteht“, diagnostiziert Ralf Fücks, der eine dramatische Erosion der Zustimmung zur liberalen Demokratie in den Kernländern des Westens ausmacht. Das gelte insbesondere für die USA, aber tendenziell auch in europäischen Ländern, wie bspw. im Zuge der französischen Parlamentswahlen zu beobachten sei. Auch in Deutschland hätten inzwischen 15 bis 20 Prozent der Bevölkerung den demokratischen Grundkonsens aufgekündigt und befänden sich in einer mentalen Fundamentalopposition. Dieses zunehmende Generalmisstrauen gegen die demokra-

tischen Institutionen und etablierten Medien lasse sich laut dem geschäftsführenden Gesellschafter des Zentrum Liberale Moderne auf fundamentale und rapide Veränderungen wie Globalisierung, digitale Transformation, Geschlechterrevolution und Klimawandel zurückzuführen.

Vor diesem Hintergrund führt Fücks als ersten Punkt aus, dass sich die Legitimation liberaler Demokratien zunehmend von der Input-Legitimation, also der demokratischen Teilhabe, auf die Output-Legitimation verlagere. Der neue Systemkonflikt mit autoritären Mächten wie China werde im Wesentlichen über Leistungsfähigkeit bzw. die Qualität öffentlicher Güter wie Bildungssystem, Verkehrsinfrastruktur, Gesundheitssystem oder digitale Infrastruktur ausgetragen. „Das ist ein zentraler Punkt für die Übereinstimmung der Bürgerinnen und Bürger mit diesem politischen Gemeinwesen. Das gilt auch für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die ebenfalls ganz wesentlich von der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Infrastruktur im weitesten Sinne abhängt“, macht Fücks deutlich.

Zweitens sei wichtig, dass unsere Demokratien zukunftsorientiert seien bzw. sich die Politik nicht nur an kurzfristigen Interessen und Kalkulationen im Hinblick auf die nächsten Wahlen ausrichte. Entwicklungen wie die Klimakrise oder der demografische Wandel erzeugten dramatische Veränderungen. Unbequeme Konsequenzen würden jedoch vor sich hergeschoben, anstatt sie anzugehen, was das Zutrauen in die Handlungsfähigkeit liberaler Demokratien unterminiere, warnt der ehemalige Grünen-Politiker.

Drittens gehe es darum, wie liberale Demokratien im gesellschaftlichen Wandel für Sicherheit sorgten. Die gesellschaftliche Polarisierung sei u.a. darauf zurückzuführen, dass Teile der Gesellschaft die rapiden Veränderungen als Chance sähen, während andere Teile diese als Bedrohung ihres sozialen Status oder gar ihrer Identität empfänden. Hier müsse die Veränderungsbereitschaft und die Offenheit





für Innovationen gestärkt werden: „Das erfordert, dass wir den Gesellschaftsvertrag erneuern, der ein Mindestmaß an individueller und gesellschaftlicher Sicherheit in diesen Zeiten von Veränderungen bedeutet. Das schließt soziale Grundversicherung ein, aber auch, über Bildung die Selbstwirksamkeit zu fördern, damit sich die Menschen als Subjekt und nicht als Objekt von Veränderungen verstehen“, zeigt sich Fücks überzeugt. Zudem müsse die gesellschaftliche Solidarität denjenigen gegenüber erneuert werden, die vom Strukturwandel besonders massiv betroffen seien.

Der vierte Aspekt, den Fücks hervorhebt, ist Fairness. Trotz unterschiedlicher Gerechtigkeitsvorstellungen gebe es ein sehr ausgeprägtes Verständnis darüber, ob es in einer Gesellschaft bei der Verteilung von Chancen und Lasten einigermaßen gerecht zugehe, insbesondere in Zeiten von Veränderungen. „Darum gehört auch die Erneuerung von Chancengerechtigkeit dazu, da unsere Gesellschaften an Aufstiegsmobilität verloren haben“, so Fücks.

Darüber hinaus sei eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung notwendig. Statt immer stärkerer Detailregulierung und Politisierung von Entscheidungen, die traditionell eigentlich Entscheidungen von Produzenten und Konsumenten waren, müsse man sich fragen, was intelligente Regulierung eigentlich sei: „Gerade Liberale müssen sich klar machen, dass ‚weniger Staat‘ völlig unreal ist, sondern es um die Art von Staat geht. Die Staatsabhängigkeit moderner Gesellschaften nimmt nicht ab, sondern eher zu“. Zudem werde politische Führung in Zeiten von großen Veränderungen und Desorientierung wichtiger, was man am deutlichsten im Zuge des Ukraine-Kriegs sehe. Während in Deutschland ein Defizit an politischer Führung festzustellen sei, zeige der Blick nach Finnland, wo eine junge Ministerpräsidentin ihr Land nach jahrzehntelanger Neutralität innerhalb weniger Wochen in Richtung NATO führe, was politische Führung in Krisenzeiten ausmache.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Was sollte Deutschland tun, um die Staatsfinanzen fiskalisch nachhaltig zu gestalten?

„Wenn wir Nachhaltigkeit im Sinne von Carlowitz verstehen, dann sollten wir immer nur so viel Holz schlagen, wie nachwachsen kann“, veranschaulicht Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft, den Kerngedanken des Konzepts. Dabei sei der intergenerative Aspekt zentral, der sich darin ausdrücke, dass die Kinder keine Steppe und keinen Urwald bekommen sollten, sondern so einen Wald, wie ihn ihre Eltern hatten. Es gehe also nicht um Gerechtigkeit, da man diese sowieso nicht messen könne, sondern um Fairness bzw. den Gleichheitsgrundsatz. Diesen intergenerativen Gleichheitsbegriff operationalisiere die Stiftung Marktwirtschaft regelmäßig durch die vor Jahrzehnten entwickelte Generationenbilanz. Dabei handele es sich um



die Bilanz eines ehrbaren Kaufmanns, die aufzeige, wie viele Schulden eine Gesellschaft der nächsten Generation hinterlasse und ob deren Ausmaß mit dem Konzept der intergenerativen Gleichheit zu vereinbaren sei. Betrachte man die expliziten Schulden, so beliefen sich diese aktuell auf etwa 70 Prozent des BIP, was pro Einwohner rund 30.000 Euro Schulden entspräche. Hinzu kämen jedoch noch die sogenannten unsichtbaren Schulden. Dabei handele es sich um Ausgaben in der Zukunft, für die keine Rückstellungen gebildet wurden. „Fiskalische Nachhaltigkeit heißt, dass ich mit den heutigen Steuer- und Beitragssätzen für alle Zeit das heutige Leistungsniveau des Staates aufrechterhalten kann. Mit der Generationenbilanz können nun in verschiedenen Bereichen fehlende Rückstellungen abgebildet werden. Diese sogenannten impliziten Schulden belaufen sich in diesem Jahr auf mehr als 440 Prozent des BIP. Ein deutlicher Teil davon ist auf die Corona-Pandemie zurückzuführen, in deren Zeit wir noch größere Probleme geschaffen haben, als wir sie ohnehin schon hatten“, so Raffelhüschen.

Das erste Problem im Hinblick auf die fiskalische Nachhaltigkeit sei das Rentensystem. Zu glauben, man könne das Leistungsniveau, die Beitragssätze und das Rentenzugangsalter konstant halten, sei völlig illusorisch. Irgendjemand müsse die demografische Last schultern. Die Mehrheitsmeinung in Deutschland sei, dass dies über die Beiträge oder die Steuerzahler finanziert werden solle. Das bedeute jedoch nichts anderes, als die zukünftigen Generationen zu belasten. „Allerdings werden die Jungen, wenn wir irgendwann bei Beitragssätzen von bspw. 27 Prozent angekommen sind, fragen, warum sie eigentlich so viel bezahlen sollen, wo unsere Generation doch nur 20 Prozent gezahlt hätte. Die Antwort darauf ist: Weil wir zu viele Alte sind und zu wenig Kinder in die Welt gesetzt haben. Wir sind also nicht nur das Problem, wir haben es auch selbst verursacht. Im Sinne des Verursacherprinzips und der intergenerativen Fairness sollte die Sanierung der Rentenversicherung demnach nicht zu



Lasten der Jungen gehen, sondern es muss auch die ältere Generation ihren Teil dazu beitragen“. Dazu sollte laut Raffelhüschen das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung gekoppelt werden, sodass jede Generation gleich lang für ein Jahr Rentenbezugszeit arbeiten müsse. Zudem sollte die Rentenentwicklung von der Lohnentwicklung entkoppelt werden, indem der Nachhaltigkeitsfaktor nicht weiter ausgesetzt, sondern gestärkt werde.

Das gleiche Problem sieht der Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge der Universität Freiburg bei der Krankenversicherung, da wir nicht nur länger Rente, sondern auch länger Gesundheitsleistungen beziehen, wenn wir älter werden. Bezahlen sollten auch das nach Meinung vieler am liebsten die nachfolgenden Generationen, aber das sei auf Dauer ebenfalls nicht nachhaltig: „Wir müssen die Schultern der Alten belasten, nicht die der Jungen. Die Jungen können nichts dafür, dass sie so wenige sind. Wir werden Teile unserer Gesundheitsversorgung selbst bezahlen müssen, da wir nicht für alle alles medizinisch Notwendige auf alle Zeit finanzieren können“.

Ähnlich kritisch sähe es schließlich bezüglich der Pflegeversicherung aus. Die „Vollversicherung“, die der ehemalige Gesundheitsminister Spahn am Ende seiner Amtszeit eingeführt habe, bedeute, dass die stationäre Pflege komplett bezahlt werde, während die Pflege zuhause selbst finanziert werden müsse. „Um Nachhaltigkeit bei gleichen Leistungen herzustellen, werden die Pflegebeiträge für unsere Kinder auf bis zu 8 Prozent steigen müssen. Und wenn sie uns fragen, was wir eigentlich bezahlt haben, lautet die ehrliche Antwort: Zunächst nichts, da es die Pflegeversicherung noch gar nicht so lange gibt, und dann 2 Prozent, obwohl wir jetzt von allen Leistungen profitieren“, stellt der Ökonom klar und resümiert: „Wir bekommen ein Akzeptanzproblem vom Feinsten, wenn wir nicht die Schultern belasten, die das alles verursacht haben, und das sind unsere eigenen.“

Prof. Dr. Stefan Kooths

Konjunkturausblick in fragilen Zeiten: Deglobalisierung und Merkantilismus als Treiber einer neuen Weltordnung?

Auch wenn die deutsche Wirtschaft sich laut Prof. Dr. Stefan Kooths aktuell in schwierigem Fahrwasser befände, so habe sie doch starke Auftriebskräfte, selbst wenn diese durch die immer noch bestehenden Lieferengpässe und den Ukraine-Krieg gedämpft würden. Insgesamt produziere die Wirtschaft jedoch immer noch weit unter ihren Produktionsmöglichkeiten im Vergleich zu der Zeit vor der Corona-Krise. Der aktuelle Aufschwung sei vor allem auf Nachholeffekte der Pandemie zurückzuführen und mache sich immer stärker inflationär geltend. Es sei damit zu rechnen, dass Deutschland bereits im kommenden Jahr allmählich in die Überauslastung drifte. Kooths sieht darin auch ein Stabilitätsproblem, das sich bereits in einer deutlich beschleunigten Verbraucherpreisinflation zeige. Das sei nicht nur auf den Ukraine-Krieg zurückzuführen und es handle sich auch nicht um ein reines Energieproblem: „Der Preisschock steht auf einer viel breiteren Basis, als wir es derzeit diskutieren. In der Corona-Pandemie haben wir massive Einkommensinjektionen im Privatsektor nahezu weltweit gesehen. Diese wurden durch Schuldenaufnahme finanziert, die wiederum über die Notenpresse bezahlt wurden. Das ist die perfekte Mischung, um Inflationsdruck zu erzeugen“, so der Vizepräsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel.



Das zentrale Problem sei eben nicht eine zu geringe Nachfrage. Private Haushalte hätten in der Pandemie über 200 Mrd. Euro zusätzliche Kaufkraft angespart und die Industrie sei mit einem Auftragsüberhang von etwa 100 Mrd. Euro in das Jahr gestartet. Durch die zusätzlichen Personalengpässe käme die deutsche Wirtschaft immer stärker an die Grenzen ihrer Produktionsmöglichkeiten, was die Politik jedoch nicht wirklich realisiert habe. Stattdessen werde so getan, als ob es um eine chronisch unterausgelastete Volkswirtschaft gehe, die stimuliert werden müsse, während man eigentlich eher bremsen sollte. Zusätzlich zum demografischen Wandel werde sich in den nächsten 20 bis 30 Jahren auch die Dekarbonisierung dämpfend auf das Produktionspotenzial auswirken, da sie entgegen vieler Behauptungen erstmal kein Wachstumsprogramm sei: „Wir bauen den Kapitalstock ja nicht netto auf, sondern wir bauen ihn um, indem wir Teile des funktionsfähigen Kapitalstocks abschalten, um ihn dann zu ersetzen. Dadurch werden keine zusätzlichen Güter geschaffen, sondern die, die wir bereits produzieren, werden treibhausgasneutral produziert“, argumentiert Kooths. Normalerweise würde dieser zusätzliche Kapitalbedarf über das Zinsniveau ausgeglichen. Wenn die Geldpolitik jedoch zu zögerlich oder zu wenig gegensteuere, könne sich dies nur über Preisventile äußern: „Dann droht tatsächlich eine längere inflationäre Entwicklung und wir haben in den 2020er Jahren eine Art Stagflation. An diesem Inflationsrisiko ist weder die

Demografie noch die Dekarbonisierung Schuld, sondern es bleibt die alleinige Verantwortung der Geldpolitik“.

In so einer Situation dürfe keinesfalls auch noch unser wichtigster Produktivitätstreiber, nämlich unsere Einbindung in den internationalen Handel, geschwächt werden, in dem man sich mit fadenscheinigen Argumenten und industriepolitischen Manövern aus der Globalisierung zurückzuziehe. „Resilienz bedeutet, nicht abhängig von einem einzelnen Land zu sein – und dazu gehört auch das eigene Land“, unterstreicht Kooths. „Solche Vorstellungen einer ökonomischen Souveränität laufen in eine völlig falsche Richtung und zwar in die einer sehr unglücklichen Melange aus Protektionismus und Industriepolitik. Das nenne ich Neo-Merkantilismus, was letztlich alter Wein in neuen Schläuchen ist“. Abgesehen davon sei die Vorstellung, dass Technokraten besser als die Konsumenten die Erfolgsaussichten von Industrien und Technologien beurteilen könnten, irreführend: „Selbst dort, wo mal ein industriepolitisches Leuchtturmprojekt geglückt ist, wissen wir ja gar nicht, welche anderen Güter dafür nicht das Licht der Welt erblickt haben, weil wir die Ressourcen aus anderen Bereichen abgezogen haben“, gibt Kooths zu bedenken.

Je protektionistischer und interventionistischer wir uns ausrichten würden, desto stärker erodiere auch unsere binnenwirtschaftliche Wettbewerbsordnung. Wenn der Staat stärker in den Wettbewerb eingreife, würden die ökonomischen Akteure umso stärker versuchen, die Politik so zu beeinflussen, dass sie im Sinne ihrer Partikularinteressen interveniere. Dadurch nähme der Einfluss ökonomischer Akteure auf den politischen Prozess zu, woraus Kooths den Schluss zieht: „Wenn man Lobbyismus wirksam einhegen will, sollte man sich so wenig wie möglich interventionistisch aufstellen“.



Dr. Christoph Ploß MdB

Staatwirtschaft statt Marktwirtschaft?



Durch immer mehr neue Ausgaben und Subventionen nach dem Gießkannenprinzip entfernten wir uns laut Dr. Christoph Ploß MdB immer weiter davon, was über Jahrzehnte unabhängig davon, wer regiert habe, konstitutiv gewesen sei: „Nämlich, dass wir einen zielgenauen Sozialstaat brauchen, der dort investiert, wo es notwendig ist, sowie diejenigen unterstützt, die wirklich Hilfe benötigen. Wir brauchen einen Staat, der auf Eigenverantwortung und das Leistungsprinzip Wert legt, sodass sich staatliche Ausgaben nicht zu einem ‚All-Inclusive-Buffer‘ entwickeln, an dem sich jeder jederzeit bedienen kann, egal, ob er es braucht oder nicht“.

Nach Einschätzung des Vorsitzenden der CDU Hamburg sei das kein Novum der neuen Regierung, sondern diese Entwicklung sei bereits seit mehr als zehn Jahren zu beobachten. Die erste Große Koalition 2005 habe noch einige

Reformen mit guten Ansätzen wie der Rentenreform oder der Verlängerung der Lebensarbeitszeit eingeleitet. Dann sei jedoch zunehmend ignoriert worden, dass der Staat auf der Ausgabenseite zwangsläufig Probleme bekomme, wenn alle länger lebten und man keine Rentenreformen vornähme, was der ehemalige Arbeitsminister Franz Müntefering einst so pointiert unter „Volksschule Sauerland“ auf den Punkt gebracht habe.

Der Politiker kritisiert, dass wir uns so immer mehr in Richtung Staatswirtschaft bewegten, in der keine Überprüfung der Ausgaben vorgenommen werde. Stattdessen würden als erstes die Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen auf den Prüfstand gestellt, wenn klar werde, dass irgendwo gekürzt werden müsse: „Das halte ich für sehr gefährlich und wird das Problem am Ende noch verschärfen. Wir müssen eigentlich genau den entgegengesetzten Weg einschlagen, nämlich private Mittel für Investitionen mobilisieren und den Sozialstaat reformieren, ihn zielgenauer machen sowie adäquat auf die demografische Entwicklung reagieren“. Wenn das nicht geschähe, werde man an den gleichen Punkt wie beim Thema Klimaschutz kommen, wo alle fragen, warum man denn nicht schon vor Jahren reagiert habe, wenn es doch schon so lange absehbar gewesen sei. Aus Sicht von Ploß sei dies eine Form von politischem Versagen: „Ich gehöre zu denjenigen, die auch während der CDU-geführten Regierung immer wieder den Finger in die Wunde gelegt haben, weil es meiner inneren Überzeugung entspricht. Dazu gehört, dass Projekte wie die Mütterrente, die Grundrente oder die Rente mit 63 entweder stark reformiert oder abgeschafft werden müssen. Wenn jedoch statt Reformen durchzusetzen an der Infrastruktur gespart wird, dann schlagen wir einen gefährlichen Irrweg ein, der im wahrsten Sinne des Wortes Wohlstand kosten könnte“.

Darüber hinaus sei es problematisch, dass es immer mehr staatliche Vorgaben gäbe, wie bspw. aktuell durch die europäischen Taxonomie-Verordnungen oder die Flottengrenzwerte



im Mobilitätsbereich. Hier wollten laut Ploß viele Unternehmen die Klimaziele erreichen und sich dafür richtig anstrengen. Wenig zielführend sei, dass der Staat ihnen den Weg zur Erreichung dieser Ziele vorgebe. Viele Unternehmen wollten bspw. auf Batterieantriebe und klimaneutrale Kraftstoffe wie E-Fuels setzen. Ein Teil der deutschen Politik wolle E-Fuels jedoch verbieten, da er meine, zu wissen, was der beste Weg sei: „Das heißt, dass wir lieber mit einem E-Auto fahren, das mit Braunkohlestrom läuft, als mit einem Auto mit Verbrennungsmotor, der mit E-Fuels betrieben wird, auch wenn bei Letzterem der Gesamtprozess klimaneutral ist. Das ist für mich politische Ideologie und immer mehr Staats- und Planwirtschaft. Stattdessen sollte technologieoffen herangegangen werden: Der Staat setzt die Ziele, aber der Weg, auf dem man die Ziele erreicht, muss in einer Marktwirtschaft den Unternehmen und Verbrauchern überlassen bleiben“.

Neben einem zielgenaueren Sozialstaat und Technologieoffenheit brauche es in Deutschland mehr Investitionen in Wissenschaft und Forschung. Wenn man sich weltweit umschaue, dann seien vor allem die Metropolen am erfolgreichsten, die auf Wissenschaft und Forschung setzten, wie bspw. Boston, Kopenhagen und Malmö. An deutschen Universitäten würden hingegen sogar bedeutende Professuren gestrichen, kritisiert Ploß: „Das wird dazu führen, dass der Wohlstand in Zukunft in anderen Gegenden entsteht und andere Regionen Antworten auf gesellschaftlich relevante Fragen finden, wie z.B. die Klimaziele erreicht oder Gesundheitsprobleme gelöst werden können“.

Schließlich brauche es dringend Reformen, um eine schnellere Realisierung von Infrastrukturprojekten zu erreichen. Hier müsse aus seiner Sicht u.a. vor allem das Verbandsklagerecht reformiert werden, weil es dazu führe, dass einige selbst ernannten Umweltverbände mit „Dauerklagewellen“ wichtige Infrastrukturvorhaben blockierten. „Und das können wir uns nicht erlauben“, mahnt Ploß am Ende seines Vortrags.



Der ZEIT-Herausgeber Josef Joffe Ph.D. moderierte die Tagung.

IMPRESSUM

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60, 10117 Berlin
Tel. (030) 20 60 57-0
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Text:
Dr. Ann Zimmermann
zimmermann@stiftung-marktwirtschaft.de

Fotos: Stefan von Stengel

Diese Publikation ist
auch über das Scannen
des QR-Codes
kostenlos abrufbar:

